
Die ökonomische Transformation der Tschechoslowakei

Fortgang und Wirtschaftsentwicklung im Jahre 1991

Karel Dyba
Luboš Režábek

I. Einleitung

A. Logik und grundlegende Schritte der Transformation

Die Tschechoslowakei ist ein Land, das sich nach den prinzipiellen politischen Umwälzungen Ende 1989 für die Realisierung einer radikalen Wirtschaftsreform, resp. für die Transformation der zentral geleiteten Wirtschaft in eine Marktwirtschaft entschloß. Schrittweise entledigt sich die Reformrhetorik der ideologischen Barrieren und Vorurteile, und die Wirtschaftsreform wird als Weg zu einer *liberalen privatkapitalistischen Marktwirtschaft* präsentiert.

Der Komplex der grundlegenden Reformmaßnahmen geht von der allgemeinen Logik der Transformation aus¹ und umfaßt:

- die Liberalisierung der Inlandspreise
- die Einführung der internen Konvertibilität der Kčs
- die Kommerzialisierung der Wirtschaft
- die Demonopolisierung der Wirtschaftsstrukturen
- die Privatisierung des produktiven staatlichen Eigentums
- die Schaffung eines legislativen und institutionellen Rahmens, der den Marktwirtschaftsprinzipien entspricht
- die fiskale und monetäre Restriktion
- die Schaffung eines sozialen Rettungsnetzes

B. Die wirtschaftliche Ausgangssituation

Die Tschechoslowakei trat in den Transformationsprozeß in einer relativ besseren wirtschaftlichen Lage als die Nachbarländer des ehemali-

gen Ostblocks ein. Trotz einer beträchtlichen Rückständigkeit der Produktionsbasis erzielte man Ende der achtziger Jahre einen mäßigen Anstieg des inländischen Bruttoprodukts bei einer relativ stabilisierten makroökonomischen Situation, einer nicht allzu hohen getarnten und unterdrückten Inflation und einer offenen Inflation, die man außer acht lassen konnte. Die Höhe der Auslandsverschuldung überstieg nicht das wirtschaftlich erträgliche Maß, die registrierte Arbeitslosigkeit war gleich Null.

Tabelle 1
Grundlegende ökonomische Indikatoren 1980–1990²

	1980–84	1985–89	1989	1990
Reines Materialprodukt ³	1,8	2,2	2,2	– 3,4
Privatverbrauch (Änderung in Prozenten)	0,8	2,7	1,8	– 1,3
Index der Einzelhandels- verkaufspreise (Änderung in Prozenten)	1,9	0,6	1,4	18,4 ⁴
Offene Arbeitslosigkeit (Prozentsatz der arbeitsfähigen Bevölkerung)	–	–	–	1,0 ⁵
Auslandsverschuldung in konver- tiblen Währungen (Milliarden Dollar)	5,7	6,4	7,9	8,1

Andererseits existierten im Vergleich mit den osteuropäischen Nachbarländern auch ungünstige Faktoren: der geringfügige Umfang des produktiven Privateigentums und der privaten Wirtschaftstätigkeit, das schlechte Steuersystem, die unbefriedigende staatsrechtliche Ordnung der Föderation und die außergewöhnlich starke Abhängigkeit des Außenhandels von den Ostmärkten.

Die Tatsache relativ besserer Ausgangsbedingungen impliziert jedoch auch einen gewissen sozialen Nachteil gegenüber den Ländern, die praktisch die Grenze des wirtschaftlichen Zusammenbruchs, wie zum Beispiel Polen, erreichten. Die relativ stabilen, wenn auch irrationalen Verbraucherpreise, die beachtliche Menge von Konsumgütern, die Stabilität der Einkommen, die Sicherheit der Arbeitsplätze und die ständige Illusion der Bürger über die sozialen Sicherheiten steigern im Augenblick der Entscheidung über die Realisierung einer radikalen Transfor-

mation die Empfindsamkeit der Bevölkerung bezüglich der notwendigen kurzfristigen negativen Folgen der Reform auf das Lebensniveau. Diese Tatsache spiegelte sich bereits in den ständigen Diskussionen über das Maß der Reformrasanz wider sowie in den negativen Reaktionen eines Teils der Bevölkerung auf den bisherigen Lebenshaltungskostenanstieg⁶, der der unerläßliche kurzfristige Preis für die Reformveränderungen ist.

II. Fortgang der Transformation und die wirtschaftliche Entwicklung 1991

A. Reformmaßnahmen und Ergebnisse der ersten Monate

Obwohl einige legislative, institutionelle und wirtschaftspolitische Maßnahmen bereits im Laufe des Jahres 1990⁷ getroffen wurden, war erst der Beginn des Jahres 1991 der tatsächliche Einstieg in den Transformationsprozeß.

Zum 1. Januar wurden die grundlegenden einmaligen Schritte zur Marktwirtschaft realisiert. Die Preisgestaltung wurde liberalisiert, zum Teil wurde der Außenhandel liberalisiert und die interne Konvertibilität der Kcs eingeführt⁸. Diese Schritte sind von einer harten fiskalen und monetären Restriktion, von einer schrittweisen Schaffung eines legislativen und institutionellen Rahmens und von einem sich beschleunigenden Fortschreiten der Privatisierung begleitet.

Die Preisliberalisierung betrifft den Großteil der Preise, und zwar sowohl der Einzelhandels- als auch der Produktionspreise. Nur bei etwa 15 Prozent der Preise wurde durch das Preisgesetz über die Preisregulierung entschieden⁹. Diese kann die Form:

1. der administrativen Festlegung der Maximalpreise haben; dies betrifft hauptsächlich die Einzelhandelspreise einiger grundlegender Lebensmittel (Milch, Mehl, Kartoffeln, Brot, Zucker, Schweinefleisch u. ä.);
2. der objektiven Preisregelung haben, d. h. gemäß dem Prinzip der zulässigen Widerspiegelung der Kostensteigerung im Preis mit dem Ziel, die Monpolgewinne einzuschränken (dazu gehören die Brennstoff-, Stahl-, Eisen-, NE-Metall-Preise u. ä., einschließlich der Preise der importierten Materialien und Rohstoffe);
3. der zeitlichen Preisregelung haben, d. h. die Form der Meldepflicht der Preiserhöhung in einem bestimmten Zeitvorlauf (z. B. Baumwolle, Wolle, Lehrbücher).

Gleichzeitig mit der Preisliberalisierung wurden die Tarife der Umsatzsteuer in vier Gruppen vereinigt: 0 Prozent, 12 Prozent, 22 Prozent, 32 Prozent¹⁰.

Die Preisentwicklung verlief in den ersten vier Monaten des Jahres erwartungsgemäß. Gleich nach der Liberalisierung kam es zu einem schnellen Anstieg des Preisniveaus. Im Januar stieg das Niveau der Verbraucherpreise um 25,8 Prozent gegenüber Dezember 1990, davon bei Lebensmitteln um 31,4 Prozent. Bei Industriewaren war der Preisauftrieb wesentlich milder (23,0 Prozent). Im Februar kam der Preisanstieg

der Lebensmittel praktisch zum Stehen, dagegen stiegen beträchtlich die Verbraucherpreise für Industriewaren. In den weiteren Monaten stiegen die Preise der Industriewaren weiter an, seit April jedoch langsamer als im ersten Quartal. Im Juli sanken erstmals die Preise der Industriewaren gegenüber dem Vormonat um 0,6 Prozent. Ab März sinkt bei Lebensmitteln das Preisniveau regelmäßig jeden Monat geringfügig, sodaß der Preisanstieg in den ersten sieben Monaten nur 27,2 Prozent beträgt. Die Dynamik des gesamten Niveaus der Verbraucherpreise sank markant nach dem Anstieg in den ersten beiden Monaten und hat eine ständige Tendenz zum Preisrückgang. Der Preisanstieg betrug im März 4,0 Prozent, im April 2 Prozent, im Mai 1,9 Prozent, im Juni 1,8 Prozent, jeweils im Vergleich mit dem Vormonat. Im Juli und im August blieb sogar das Gesamtniveau der Verbraucherpreise auf dem Juniniveau bei nur geringen Preisbewegungen in den einzelnen Warengruppen und Dienstleistungen¹¹.

Tabelle 2

Entwicklung der Verbraucherpreise 1991 (Dezember 1990 = 100¹²)

	I.	II.	III.	IV.	V.	VI.	VII.	VIII.
Verbraucherpreise								
insgesamt	125,8	134,6	140,9	143,7	146,7	149,2	149,2	149,1
Lebensmittel	131,4	132,6	129,7	127,7	127,0	126,7	127,2	127,0
Industriewaren	123,0	140,0	156,0	162,0	167,0	168,4	167,4	167,2
Dienstleistungen	108,6	112,4	113,8	119,2	124,1	140,0	140,9	140,5
Öffentl. Versorgung	143,7	146,3	144,9	144,7	144,2	145,4	146,2	146,2

Der erwartete Inflationssprung zu Jahresbeginn ist eine logische und notwendige Erscheinung der Umwandlung der unterdrückten Inflation in eine offene Inflation. Im Maß der Inflation spiegelte sich auch das langsame Privatisierungsverfahren des Distributionsnetzes wider, das zum Unterschied von Polen oder Ungarn ausschließlich Eigentum des Staates war. Nicht nur Handelsorganisationen, sondern auch Produktionsbetriebe mißbrauchten häufig ihre Monopolstellung. Beim unkonsequenten Agieren der neu errichteten und bisher schwachen Antimonopolbehörde kam es evident auch zum Abschluß von Kartellvereinbarungen und zum Blockieren der Preiskonkurrenz.

Der Inflationsdruck zu Jahresbeginn förderte auch eine reellere Bewertung der Kcs durch eine etwa 16prozentige Abwertung Ende Dezember vorigen Jahres und die Einführung eines Importzuschlages für Konsumgüter in Höhe von 20 Prozent.

Zum Inflationsrückgang trug neben der makroökonomischen Restriktion und der Lohnregulierung auch die Senkung der Umsatzsteuertarife und die allmähliche Senkung des Importzuschlages bis auf 15 Prozent bei. Gleichzeitig trat die beschleunigte Privatisierung des Handelsnetzes

in Form eines Auktionsverkaufes sowie durch die Restitution des nationalisierten Eigentums positiv in Erscheinung. Positiv projizierte sich in die Entwicklung der Inflation auch ein beträchtliches Maß des Vertrauens der Bevölkerung in die Wirtschaftspolitik des Staates.

Obwohl die *interne Konvertibilität* der Kcs zu Jahresbeginn de jure eingeführt wurde, gilt noch ständig eine Reihe von Maßnahmen bezüglich der Restriktion des Außenhandelsaustausches. Staatsunternehmen, registrierte Privatfirmen und ausländische Gesellschaften haben zwar das Recht, in der Bank frei Devisen einzukaufen, die Realisierung der Zahlungen ins Ausland unterliegt jedoch gewissen verbindlichen Zahlungsbedingungen¹³. Gleichzeitig sind diese Subjekte verpflichtet, ihre Exporteinnahmen in voller Höhe der Bank zu verkaufen. Nur ausländische Subjekte haben die Möglichkeit, bei einer tschechoslowakischen Bank ein Devisenkonto zu halten.

Physische Personen und registrierte Unternehmer können in der Bank Valuten in einer maximalen Höhe von 5000 Kcs jährlich umwechseln. Diese Maßnahme hat gemeinsam mit dem 20prozentigen Einfuhrzuschlag¹⁴ auf Konsumgüter die Einschränkung der Devisennachfrage zum Ziel, damit bei einem Ausgangsdevisenkurs von 28 Kcs/USD¹⁵ nicht übermäßig Devisenreserven geschöpft werden.

Infolge dieser und weiterer restriktiver Maßnahmen und gleichzeitig infolge der schnellen Stabilisierung der Erdölpreise auf den Weltmärkten gelang es, ein wesentlich niedrigeres Defizit der laufenden Rechnung der *Zahlungsbilanz* zu erzielen. Es betrug 300 Millionen USD gegenüber den erwarteten 900 Millionen USD Ende des ersten Quartals, zur Jahreshälfte dann nur 340 Millionen USD bei einem ursprünglich vorausgesetzten Defizit von 2,5 Milliarden USD bis Ende 1991.

Die Devisenreserven hielten sich in der Jahreshälfte auf dem Januar-niveau und waren verglichen mit Dezember um etwa 500 Millionen USD höher.

Der schwarze Kurs, der ein interessanter Indikator des Realwertes des offiziellen Kurses ist, oszillierte in der verfolgten Periode um den offiziellen, vorwiegend mit einer positiven Abweichung von 5 bis 10 Prozent, die jedoch 15 Prozent nicht überstieg. An manchen Tagen war der Kurs des schwarzen Marktes für den Einkauf von DM sogar günstiger als der offizielle Kurs mit einer bis zu - 2,5prozentigen Abweichung.

Zur Unterstützung der Erhaltung des Kurses ist außer den Devisenreserven auch ein Teil der Anleihe des Internationalen Währungsfonds in Höhe von 1,6 Milliarden USD bestimmt. Die Bruttoverschuldung in konvertiblen Währungen stieg in den ersten sieben Monaten um 700 Millionen USD und erreichte gegen Ende Juni 8,8 Milliarden USD.

Da die Ausgangsposition der tschechoslowakischen Wirtschaft beim Eintritt in das Jahre 1991 praktisch auf allen Märkten größere oder kleinere Mängel aufwies, mußte die Konzeption des Transformationsprogramms und die Realisierung der einzelnen Liberalisierungsschritte notwendigerweise von einer *restriktiven makroökonomischen Politik* begleitet sein. Ihr Ziel war die Verringerung der internen Nachfrage durch die Einschränkung der Budgetdotationen für den Unternehmenssektor

und der Ausgaben des öffentlichen Sektors, durch die Einschränkung des Angebotes kommerzieller Kredite und durch eine nur teilweise und zeitlich aufgeschobene Valorisierung der Löhne und der übrigen Haushaltseinnahmen.

Markant restriktiv wirkte die *Kreditpolitik*, trotzdem sie strikt ökonomisch genommen, so wie sie konzipiert war, der Standardkonzeption der monetarischen Restriktion nicht entspricht.

Die Vorhaben bezüglich der Kreditemission setzten ein markant langsames Wachstum des Kreditvolumens im Vergleich mit dem Anstieg des Preisniveaus voraus. Nach den Schätzungen der Inflation Ende 1990 wurde der Kreditrahmen für die Kommerzbanken bestimmt. Obwohl das Inflationsmaß ein wenig höher als die Vorausschätzungen war, erzielte der Anstieg des Kreditvolumens nicht einmal das vorausgesagte Ausmaß. Die Währungspolitik kalkulierte mit einer Kreditemission etwa in Höhe von 20 Prozent jährlich, davon 13 Prozent im ersten Quartal, wo man den größten Anstieg des Preisniveaus erwartete. Der tatsächliche Anstieg der Kredite betrug jedoch in dieser Periode nur 5,6 Prozent. Erst im zweiten Quartal kam es zu einer Freigabe der Kreditemission, aber auch in dieser Periode erzielte man nicht die angenommene Höhe.

Dies wurde jedoch nicht durch die restriktive Währungspolitik der Zentralbank erzielt, denn es trat keine der Standardbedingungen der Währungsrestriktion auf. Der Diskontsatz beträgt ab 1. Januar 10 Prozent und liegt daher weit unter dem Niveau der Inflation. Die Kommerzbanken sind nicht gezwungen, Refinanzierungskredite von der Zentralbank für die Kreditvergabe aufzunehmen, ihnen reichen die Ersparnisse der Unternehmen und der Bevölkerung. Der von der Zentralbank festgesetzte Kreditrahmen wurde nicht ausgeschöpft. Die Zinsen aus den Spareinlagen blieben weit unter dem Inflationsausmaß zurück, die Zinsen waren real negativ. Die Währungspolitik der Zentralbank führte bisher zu keiner Festigung des Wechselkurses, also zu keiner Aufwertung, was als Kennzeichen einer harten Restriktion betrachtet wird, und auch die Geldvorräte sanken nicht wesentlich. All diese Tatsachen zeugen davon, daß die Geldpolitik der Zentralbank in Wirklichkeit nicht restriktiv war, die scharfe Kreditrestriktion wurde direkt von den Kommerzbanken realisiert und hat mehrere grundlegende Ursachen:

- die kreditfordernden Unternehmen waren nicht fähig, genügend kredible Projekte vorzulegen, die die Banken gewillt wären, zu kreditieren,
- die Banken waren bestrebt, ihre Bilanzsituation zu verbessern und ihre eigene Liquidität zu stärken, was zu einem Druck auf die schnelle Abzahlung der früheren Verpflichtungen der Unternehmen und zum Bestreben, sich unrentabler Unternehmen schnell zu entledigen, führte¹⁶,
- die Banken sind noch immer nicht fähig, schnell und qualifiziert das Niveau der Unternehmensvorhaben zu beurteilen und gehen lieber keine größeren Kreditrisiken ein. So vereitelt man durch die Einschränkung der Kreditvergabe eine mögliche Übertragung der Zahlungsunfähigkeit der Unternehmen auf das eigene Konto.

Bei einem 10prozentigen Diskontsatz wurde den Kommerzbanken ein maximaler Kreditzinssatz von 14 Prozent¹⁷ über dem Diskontsatz festgelegt.

Bei der Einschränkung der internen Nachfrage spielte auch die *fiskale Politik* eine wesentliche Rolle. Das Hauptvorhaben für dieses Jahr ist die Erzielung eines Überschusses in den staatlichen Budgets der Föderation und der Republiken in Höhe von 8 Milliarden Kčs, was etwa ein Prozent des inländischen Bruttonproduktes ist. Die Ergebnisse zu Jahresbeginn zeigen eine markante Überschreitung der restriktiven Vorhaben.

Die Wirtschaftsführung der Staatsbudgets endete in den ersten fünf Monaten mit einem Überschuß von 21 Milliarden Kčs. Entscheidend für die Entstehung eines Überschusses war die Entwicklung des Gewinns, während die Regulierung der Ausgaben nur eine ergänzende Rolle spielte. Die Erhöhung der Einnahmen und Ausgaben in diesem Jahr beeinflusste vor allem der Preisanstieg. Ende des ersten Semesters kam es zu einer deutlichen Reduktion des Überschusses der Staatsbudgets auf 17 Milliarden Kčs und während des dritten Quartals noch bis zu 10,7 Milliarden im August, und es hat sich gezeigt, daß die Gründe für eine standhafte Budgetrestriktion anhalten.

Tabelle 3

Staatshaushalt im Jahre 1991 (kumulative Zahlen)

	I.	II.	III.	IV.	V.	VI.	VII.	VIII.
Tschechische Rep.	0,5	2,1	4,1	5,4	6,7	5,2	-0,5	-3,9
Slowakische Rep.	3,1	4,8	6,1	4,1	4,9	1,0	0,5	-1,0
Federal	-2,0	4,1	5,1	6,8	9,3	11,5	13,3	15,6
Gesamt-CSFR	1,6	6,8	15,3	16,3	20,9	17,7	13,0	10,7

Die Lohnregulierung wurde mittels der Festlegung von Sanktionsabgaben bei Überschreitung eines bestimmten Limits des Lohnanstiegs realisiert. Der Mechanismus der Festlegung des Limits ist das Ergebnis der Beratungen der Regierung, der Arbeitgeber und der Gewerkschaftsverbände im Rahmen des sog. Generalkommens.

Es hat sich jedoch gezeigt, daß der tatsächliche durchschnittliche Anstieg der Nominallöhne geringer als der bewilligte Anstieg ist. Die meisten Unternehmen waren beim Rückgang des Produktionsabsatzes nicht fähig, die Löhne in Höhe des möglichen Anstiegs zu erhöhen.

Der starke Druck der Gewerkschaften auf die Erhöhung des minimalen Monatslohnes in der ursprünglich abgestimmten Höhe von 2000 Kčs wurde durch die harte Position der Regierung eliminiert¹⁸.

Im ersten Semester kam es zu einer starken Bewegung der realen Wirtschaftsgrößen. Das inländische Bruttonprodukt sank im ersten Semester um 12 Prozent, die Industrieproduktion um 17 Prozent, der Rückgang im Bauwesen betrug 36 Prozent. Bei beträchtlichen regionalen Differenzen

erzielte das Maß der Arbeitslosigkeit 5,2 Prozent (gegen Ende August), wobei sie vorläufig markant hinter dem Rückgang des Output zurückbleibt.

Tabelle 4
Entwicklung der Arbeitslosigkeit (in tausend Personen)¹⁹

	I.	II.	III.	IV.	V.	VI.	VII.	VIII.
Tschechische Rep.	59	75	90	107	118	139	166	183
Slowakische Rep.	60	77	95	116	137	161	197	222
CSFR	119	152	185	223	255	300	363	405

Entwicklung der Arbeitslosenquote (in Prozent)

	I.	II.	III.	IV.	V.	VI.	VII.	VIII.
Tschechische Rep.	1,1	1,4	1,7	2,0	2,2	2,6	3,1	3,4
Slowakische Rep.	2,4	3,0	3,7	4,6	5,4	6,3	7,7	8,7
CSFR	1,5	1,9	2,3	2,8	3,2	3,8	4,6	5,2

Die wahre Ursache ist jedoch in größerem Maß der Zerfall des Marktes der Länder des ehemaligen RGW²⁰ und die gleichzeitige Zahlungsunfähigkeit vor allem der sowjetischen Abnehmer als die Realisierung der Reformmaßnahmen. Nur in einem sehr geringen Maß kam es vorläufig zu einer Säuberung des Marktes von ineffizienten Produktionen. Die überwiegende Ursache der Einstellung des Betriebs eines Unternehmens und der Entlassung der Angestellten ist der plötzliche Absatzverlust, sei es bei den bisherigen östlichen Partnern, sei es am Binnenmarkt, und die Unfähigkeit der Unternehmen, sich schnell an diese Situation anzupassen.

Die Reaktion der Unternehmen auf die verschlechterten Absatzbedingungen und die Verschlechterung des Zugangs zu Krediten war eine umfangreiche gegenseitige Einräumung ungedeckter Handelskredite²¹. Ende April erreichte das Ausmaß der Zahlungsunfähigkeit der Unternehmen, das das angekündigte Volumen der eingestellten Zahlungen anzeigt, 67 Milliarden Kčs²². Der Rückgang, der aus der Tabelle Nr. 5 ersichtlich ist, ist jedoch nur scheinbar, denn die Unternehmen sind nicht mehr verpflichtet, den Banken fällige Fakturen vorzulegen, und darüber hinaus nehmen die Banken zur Bezahlung keine Rechnungen entgegen, falls diese Vergütungen die Finanzmöglichkeiten des Klienten übersteigen. Dadurch wurde die Verfolgung der Gesamthöhe der Zahlungsunfähigkeit unmöglich.

Tabelle 5

Zahlungsunfähigkeit der Unternehmen (in Milliarden Kčs)

	Januar	Februar	März	April	Mai
Zahlungsunfähigkeit der Unternehmen					
– in der Tschechischen Rep.	58,0	58,3	56,6	43,0	–
– in der Slowakischen Rep.	19,6	19,9	19,8	24,0	–
– in der ČSFR	77,6	78,2	76,4	67,0	–

Es gibt eine ganze Reihe von Ursachen für diese Entwicklung, der Großteil von ihnen hat jedoch seine Wurzeln in der stereotypen Haltung der Unternehmen und in der Unfähigkeit oder der Unlust, sich anzupassen.

1. Die Unternehmen bewältigen nicht den Anprall auf die Absatzbarriere, sei es im Export, auf dem Verbrauchermarkt oder bei den Investitionen. Sie kennen keine Preisflexibilität der Nachfrage und verstehen es nicht, durch eine Änderung des Volumens oder der Angebotsstruktur zu reagieren. Die meisten funktionieren weiterhin ineffizient und sind nicht fähig oder gewillt, die Produktionskosten zu senken.
2. Die Folgen der Politik der Vorversorgung im Vorjahr, die durch die Inflationserwartung hervorgerufen wurde, traten jetzt in Erscheinung. Der Rückgang der Nachfrage und die Änderung ihrer Struktur führt zum Mangel an Liquidität der Unternehmen.
3. Die Unternehmen präferieren weiterhin die Erzeugung gegenüber dem Absatz im Bestreben, den Beschäftigungsgrad zu erhalten.
4. Bisher hat sich die Finanzdisziplin der Unternehmen nicht sichtlich verbessert.
5. Die Erwartungen der Unternehmen gehen von der Voraussetzung aus, daß ihre finanziellen Probleme global vom Zentrum gelöst werden.
6. Zum Anstieg der Zahlungsunfähigkeit trug auch das Betragen der Handelsbanken bei – die Senkung des Volumens der eingeräumten Kredite, die Erhöhung der Zinssätze.

Die existierende *Absatzkrise* der inländischen Produzenten ist nicht nur die Folge der ineffizienten Produktion und der finanziellen Restriktion, sondern bei der einseitigen Abhängigkeit des Exportes von den Ländern des ehemaligen Ostblocks auch die Folge eines beträchtlichen Rückganges des Absatzes auf diesen Märkten. Die mit der Sowjetunion abgeschlossenen Verträge stellen 30 Prozent des Vorjahres dar. Es wird erwartet, daß die Lieferungen in die UdSSR in diesem Jahr maximal 50 Prozent des Vorjahresniveaus erreichen werden. Der Export in diese Territorien sank im ersten Halbjahr gegenüber der gleichen Periode im vergangenen Jahr um ca. 30 Prozent, davon in die UdSSR ca. um 45 Prozent. Diese Situation ist vor allem durch die Zahlungsunfähigkeit der traditionellen sowjetischen Partner eingetreten. Für den tschechoslowakischen Export ist der Verlust eines beträchtlichen Teils des Marktes der ehemaligen DDR eine spürbare Einschränkung.

B. Die Schaffung eines neuen legislativen und institutionellen Rahmens

Die Transformationsmaßnahmen in Richtung der Marktwirtschaft sind in neuen, der Marktwirtschaft entsprechenden Rechtsnormen verankert. Es werden institutionelle Voraussetzungen für ein rationales Funktionieren der Wirtschaft geschaffen.

Es wurden bereits alle grundlegenden Gesetze verabschiedet, die die Eigentumsverhältnisse in der Wirtschaft regeln, d. h.

- die Gesetze über die „kleine“ und „große“ Privatisierung
- die Gesetze über die „kleine“ und „große“ Restitution
- das Gesetz über den Bodenbesitz
- das Gesetz über das Gemeindeeigentum²³

Es traten bereits auch das Antimonopolgesetz, das Gesetz über das Versicherungswesen, das Devisengesetz, das Zollgesetz, das Arbeitsgesetzbuch, das Gesetz über den Bankrott und das Konkursverfahren in Kraft. In einer unterschiedlichen Vorbereitungsphase befinden sich die Gesetze über die Tschechoslowakische Staatsbank, über die Kommerzbanken, über die Unterstützung des Mittelstandes, vorbereitet ist auch das Handelsgesetzbuch, das das bisher gültige Wirtschaftsgesetzbuch und einige ergänzende Rechtsnormen ersetzen wird.

Vorbereitet ist ein neues *Steuersystem*, das der Marktwirtschaft adäquat und mit dem Standard der Steuersysteme in den westlichen Wirtschaften vergleichbar ist. Dieses Steuersystem, das auf Standardsteuern beruht – auf der Mehrwertsteuer, auf der Einkommensteuer, auf der Verbrauchssteuer – wird als Ganzes zum 1. Januar 1993 eingeführt. Dementsprechend wird ein Netz von Steuerämtern errichtet.

Im Zusammenhang mit der Schaffung eines Kapitalmarktes und mit der sich ständig erweiternden Skala der emittierten Wertpapiere nahm man die Arbeiten an der Gründung der tschechoslowakischen Börse in Angriff.

Auch die Antimonopolämter der Republiken und der Föderation nahmen ihre Arbeit auf.

Schrittweise werden die Blöcke der Wirtschaftsministerien der Regierung restrukturiert, um die Zahl der Ministerien mit Kompetenzen im Wirtschaftsbereich und ihren Apparat zu reduzieren. Einen markanten Effekt kann man in erster Reihe mit dem Fortschreiten der großen Privatisierung erwarten.

Einer der meist vernachlässigten Sektoren der tschechoslowakischen Wirtschaft ist das Bankwesen. Gemeinsam mit der Negation des Geldes im Kommunismus wurden in der Vergangenheit die Finanzaktivitäten und ihre Träger, d. h. die Banken, radikal eingeschränkt. Das System der Handelsbanken erweitert sich nur langsam, registriert sind 37 ausländische Banken (davon 6 Filialen, 31 Repräsentationen).

Die Existenz und die ständige Erhöhung der offenen Arbeitslosigkeit erforderte die Schaffung eines Netzes von Arbeitsämtern, die den Bewerbern nicht nur Arbeit vermitteln, sondern gleichzeitig Requalifikationsprogramme organisieren.

C. Änderung der Eigentumsrechte: Restitution und Privatisierung

Die Tschechoslowakei entschied sich als einziger der sich transformierenden ehemaligen Ostblockstaaten für eine umfangreiche und gleichzeitig schnelle *Privatisierung* des bisher ausgeprägt überwiegend staatlichen Eigentums²⁴.

Nach umfangreichen Diskussionen, in denen der Gesichtspunkt der Moral und der wirtschaftliche Gesichtspunkt aufeinanderprallten, beschloß das Parlament auch eine gewisse *Reprivatisierung*. Auf Grund des Restitutionsgesetzes werden physisch Betriebe zurückgegeben oder in einigen Fällen finanziell kompensiert, die auf der Basis der nach 1955 erlassenen Rechtsnormen enteignet wurden. Diese sog. „kleine“ Restitution betrifft praktisch nur kleine Betriebsstätten wie Geschäfte, Restaurants, Hotels, kleine Werkstätten u. ä.

Das zweite Restitutionsgesetz ist das Gesetz über die außergerichtliche Kompensation, das am 1. April d. J. in Kraft trat und Fragen der Restitution des Eigentums physischer Personen löst, das nach dem 25. Februar 1948 enteignet wurde, und zwar in Form der physischen Rückgabe oder eines finanziellen Ersatzes²⁵.

Der gesamte Privatisierungsprozeß ist für zwei parallel verlaufende Prozesse, die sog. „kleine“ und „große“ Privatisierung projektiert.

Die kleine Privatisierung beruht auf der Benützung der Standardmethode, d. h. der Auktion, in die diejenigen Betriebsstätten eingereiht sind, bei denen vorausgesetzt wird, daß für sie Privatpersonen Interesse zeigen werden, d. h. es handelt sich zum Großteil um Geschäfte, Dienstleistungsbetriebe, Restaurants, Hotels, kleine Produktionseinheiten u. ä.

Der Prozeß der kleinen Privatisierung ist von den Ministerien für die Verwaltung des nationalen Eigentums und für die Privatisierung zusammen mit den örtlichen Privatisierungskommissionen konzipiert und geleitet. Diese stellen die Verzeichnisse der zum Verkauf in der Auktion bestimmten Betriebsstätten zusammen. In diese Verzeichnisse dürfen diejenigen Betriebsstätten nicht eingereiht werden, bei denen die physische Restitution an ursprüngliche Eigentümer vorzuziehen ist. Soweit dies möglich ist, ist der Verkauf nicht nur der Innenausstattung der Betriebsstätte, sondern auch der Liegenschaft und des Grundstücks wünschenswert.

Der Ausrufspreis ist der Rechnungspreis der versteigerten Betriebsstätte. An der ersten Runde der Auktion können nur tschechoslowakische Staatsbürger teilnehmen. Jeder der Interessenten ist verpflichtet, ein Auktionskapital in Höhe von 10 Prozent des Ausrufspreises zu hinterlegen. Bei geringem Interesse kann bei der Auktion auch auf holländische Art verfahren werden, d. h. durch die schrittweise Senkung des Preises um 10 Prozent bis auf 50 Prozent des Ausrufspreises. An dieser Art müssen sich minimal fünf Interessenten beteiligen. Im Falle, daß die Betriebsstätte nicht in der ersten Runde verkauft wird, wird sie neuerdings versteigert, diesmal bereits unter der legalen Teilnahme ausländischer Interessenten. Im Falle der holländischen Auktion kann der Preis bis auf 20 Prozent des Ausrufspreises gesenkt werden. Teil des Kaufprei-

ses ist auch der Preis der Vorräte. Bei Geschäften, die grundlegende Lebensmittel verkaufen, darf ein Jahr lang das Grundsortiment nicht geändert werden.

Auch bei der ersten Runde der Auktionen darf jedoch die vermittelte Teilnahme ausländischer Interessenten nicht ganz ausgeschlossen werden. Die Schätzung der Menge von Kčs in deutschen und österreichischen Banken zeugt von einem beträchtlichen Interesse ausländischer Subjekte für die Teilnahme an der „kleinen“ Privatisierung²⁶.

Die ersten Auktionen fanden Ende Januar statt, und bis Ende August wurden mehr als 13.000 Betriebsstätten für insgesamt mehr als 8 Milliarden Kčs versteigert. Die Erfahrung zeigt, daß die erzielten Preise in den meisten Fällen die Ausrufspreise tatsächlich übersteigen (im Schnitt 1,7mal), insbesondere in Prag und an lukrativen Orten.

Tabelle 6

Ergebnisse der kleinen Privatisierung (Zahl der versteigerten Betriebsstätten)

	II.	III.	IV.	V.	VI.	VII.	VIII.
Tschechische Rep.	–	228	1.349	2.948	4.749	6.478	8.016
Slowakische Rep.	57	484	890	1.897	2.726	3.630	4.283
ČSFR	57	712	2.239	4.845	7.475	10.108	12.299

Ergebnisse der kleinen Privatisierung (Wert der Betriebsstätten in Mill. Kronen)

	II.	III.	IV.	V.	VI.	VII.	VIII.
Tschechische Rep.	–	88	914	1.525	2.696	3.890	5.288
Slowakische Rep.	30	214	404	790	1.446	2.245	2.921
ČSFR	30	302	1.317	2.314	4.142	6.143	8.209

Die so erworbenen Finanzmittel werden in den sog. Fonds des nationalen Vermögens abgeführt. Sie kommen nicht in das Budget, sondern werden auf einem Sonderkonto geführt. Die Mittel sind nur für Restitutionsvergütungen, für die Deckung der Privatisierungskosten, für die Gründung von Aktiengesellschaften, evtl. für die Überweisung an den Fonds der sozialen Sicherstellung bestimmt.

Der offensichtliche Mangel der „kleinen“ Privatisierung ist die Tatsache, daß in den meisten Fällen nur eine zweijährige Pacht der Einrichtung und der für Wohnzwecke nicht geeigneten Räumlichkeiten²⁷ versteigert wird.

Das Projekt der „großen“ Privatisierung ist eine Kombination der weltweit erprobten Standardprivatisierungsmethoden und nicht standardgemäßer Originalverfahren. Die Anwendung nicht standardmäßiger Methoden der Privatisierung ist wegen der geringen Kapitalstärke tschechoslowakischer privater Subjekte mit Rücksicht auf das Eigentum, das privatisiert werden soll²⁸ und auf die Forderung der schnellen Durchführung der Privatisierung²⁹ erforderlich. In den Prozeß der „großen“ Privatisierung sollten bis zu 4000 der bisherigen Staatsunternehmen oder Vermögensanteile des Staates eintreten.

Ein jedes der für die „große“ Privatisierung³⁰ bestimmten Unternehmen ist verpflichtet, ein eigenes Privatisierungsprojekt zu erarbeiten, das die Art der Privatisierung enthält und der Billigung des Ministeriums für die Verwaltung des nationalen Eigentums und die Privatisierung unterliegt. Dabei ist das Unternehmen keineswegs in der Wahl der Privatisierungstechnik beschränkt, im Rahmen des Projektes müssen jedoch die Restitutionsansprüche der ursprünglichen Eigentümer respektiert und gelöst werden. Durch die Genehmigung des Privatisierungsprojektes wird das privatisierte Eigentum auf den Fonds des nationalen Eigentums überführt, der den eigentlichen Akt des Verkaufes gemäß dem Privatisierungsprojekt durchgeführt.

Es ist zu erwarten – und die bisherige Entwicklung bestätigt dies –, daß prosperierende Firmen bestrebt sein werden, sich durch den Verkauf eines Teils ihres Eigentums mit ausländischen Partnern zu verbinden³¹. Das Interesse ausländischer Partner ist ein gewisser Indikator der Qualität der Unternehmen. Bei solchen Firmen rechnet man mit der Privatisierung durch Standardmethoden einschließlich des Direktverkaufes.

Ein beträchtlicher Teil des Staatseigentums wird mittels der sog. Investitionskupons privatisiert. Diese Methode setzt als ersten Schritt die Überleitung der existierenden Staatsunternehmen in die Form staatlicher Aktiengesellschaften voraus. Ihre Aktien oder ein bestimmter Teil derselben, der im Privatisierungsprojekt angeführt ist, wird als Investitionskupons verkauft. Diese sind eine besondere Art von Wertpapieren, die ausschließlich für diesen Zweck bestimmt sind.

Jeder Bürger, der älter als 18 Jahre ist, hat das Recht, Investitionskupons im Wert von 1000 Punkten für eine bestimmte Verwaltungsgebühr zu erwerben (1000 Kčs). Die Kupons drücken also keinen Kčs-Wert des Anteils des Bürgers am privatisierten Eigentum aus.

Diese Kupons werden auf den Namen herausgegeben, sind unübertragbar und unverkäuflich, jeder Bürger hat jedoch das Recht, ihre Verwendung anderen Personen oder einer dafür bestimmten Institution anzuvertrauen.

Der eigentliche Prozeß des Kaufes von Aktien durch die Bevölkerung wird in mehreren Wellen realisiert. In jede von ihnen sollen wenigstens 1000 Unternehmen eingereiht werden. Die Verzeichnisse der Unterneh-

men mit grundlegenden Daten einschließlich des Aktienpreises in Punkten werden den Bürgern zur Verfügung stehen.

Im gegebenen Augenblick werden die Bürger ihre Anforderungen an den Kauf von Aktien des von ihnen gewählten Unternehmens oder der Unternehmen bekanntgeben. Diese Anforderungen werden zentral registriert und ausgewertet. Es ist selbstverständlich, daß die Punktpreise der Aktien nicht so festgesetzt werden können, damit das Angebot sich mit der Nachfrage ausgleicht. Bei Unternehmen, wo in der ersten Runde das Angebot der Aktien überwiegt, wird der Kaufakt abgeschlossen, im umgekehrten Fall – beim Überwiegen der Nachfrage – ist offensichtlich, daß der Aktienpreis unterbewertet wurde. In diesen Fällen wird der Verkauf annulliert, die Kupons den Bürgern zurückgegeben, der Preis erhöht und der ganze Prozeß wird in einer neuen Runde wiederholt, derer es auch mehr geben kann.

Im Rahmen der Kuponprivatisierung werden beiderseitige Investitionsfonds geschaffen, denen man die Vermittlung des Ankaufes von Aktien für Kupons und die Verwaltung dieses so geschaffenen Portefeuilles anvertrauen kann.

Ein wichtiges Positivum der Kuponmethode ist die Tatsache, daß sie keine notwendige Voraussetzung der Privatisierung der Verkaufsbewertung der Unternehmen ist.

Dagegen ist die Bewertung das Ergebnis der Privatisierungsprozesse. Die reale Verkaufsbewertung wird im Prozeß des Tausches der erworbenen Aktien geschaffen. Die Kuponprivatisierung wird so auch zur Akzeleration der Entwicklung des Kapitalmarktes beitragen.

Das Programm der ersten Welle der Kuponprivatisierung rechnet mit der Distribution von Investitionskupons unter die Bevölkerung ab Oktober 1991. Die Verzeichnisse der staatlichen Aktiengesellschaften, die für die Privatisierung bestimmt sind, sollten im Laufe des Novembers zur Verfügung stehen. Die erste Runde der Privatisierung sollte im Januar oder Februar 1992, die letzte Runde der ersten Welle etwa im Juni des gleichen Jahres verlaufen. Bis Ende 1992 sollte die erste Welle der Kuponprivatisierung einschließlich der Übergabe der Aktien an die neuen Privateigentümer abgeschlossen sein.

Besonders in Abhängigkeit von der Vervollkommung des legislativen Rahmens der Unternehmertätigkeit wächst allmählich der Umfang des *ausländischen Kapitals* in der tschechoslowakischen Wirtschaft.

Ende Juli 1991 waren in der ČSFR 2937 Unternehmen mit ausländischer Kapitalbeteiligung (Joint-ventures) registriert. Obwohl sich die Zahl der Joint-ventures schnell erhöhte, betrug die Gesamthöhe des Grundkapitals dieser Gesellschaften nur 26.400 Milliarden Kčs, wovon etwa ein Drittel ausländisches Kapital bildet. Nur 438 Gesellschaften disponieren mit einem Grundkapital von mehr als 1 Million Kčs, davon 22 Gesellschaften mit mehr als 100 Millionen Kčs Grundkapital. Fast 1200 Unternehmen haben ein Grundkapital von weniger als 100.000 Kčs.

Territorial wiegen in den Gemeinschaftsunternehmen Partner aus Österreich (833 Unternehmen) und aus Deutschland (878 Unternehmen) vor.

Tabelle 7

Joint-ventures			
	22. 2. 1991	30. 4. 1991	28. 7. 1991
Zahl	2.124	2.896	2.937
Kapital (Mrd Kronen)	9,3	23,9	26,4
darunter ausländisches Kapital	4,8	10,3	11,8

Die angeführten Daten dokumentieren die Tatsache, daß trotz der Vervollkommnung der Wirtschaftsgesetzgebung für den Bereich ausländischer Investitionen die Tschechoslowakei für westliche Partner noch immer kein genügend vertrauenswertes Milieu bietet und der Umfang des Eintritts ausländischen Kapitals dieser Tatsache entspricht.

Der *Privatsektor* ist bisher in der tschechoslowakischen Wirtschaft sehr schwach. Er produziert weniger als 5 Prozent des Gesamtproduktes³² und wird von ca. 1 Million registrierter Unternehmen repräsentiert, wovon jedoch weniger als zwei Prozent juristische Personen sind. Mehr als 80 Prozent der Unternehmer agieren bei ihrem Arbeitsverhältnis im staatlichen oder genossenschaftlichen Sektor, und nur knapp 20 Prozent agieren privat im Sinne ihrer Hauptbeschäftigung. Der größte Anteil entfällt auf Tätigkeiten mit Industriecharakter einschließlich der Reparaturwerkstätten (29 Prozent), des Bauwesens (26 Prozent), des Handels (15 Prozent) und der Kommunaldienste.

Im Schnitt entfallen auf einen Privatunternehmer nur 0,2 Angestellte.

Tabelle 8**Registrierte Unternehmer (in 1000 Personen)**

	31. 12. 1990	31. 3. 1991	30. 6. 1991	31. 8. 1991
ČSFR	462,5	678,1	901,7	1.072,5

III. Schlußfolgerungen

Derzeit (September 1991) verläuft der Transformationsprozeß im Prinzip in der erwarteten Art und Weise. Die Verspätungen in der Realisierung einiger Maßnahmen ergeben sich sowohl aus der Exklusivität und der Präzedenzlosigkeit der Probleme und gleichzeitig häufig aus dem Widerstand durch jene Kräfte, für die die Systemänderungen in der Wirtschaft unerwünscht sind, ebenso wie der ganze Prozeß durch die Entwicklung exogener Faktoren beeinflußt wird.

Die Realisierung einer Reihe stabilisierender Maßnahmen der makroökonomischen Politik kann sehr schnell verlaufen und zu einer erfolg-

reichen Makrostabilisierung führen. Die Errichtung von Standard-Marktinstitutionen, die in allen Marktwirtschaften evolutionär entstanden, ist eine Frage des längeren zeitlichen Horizonts, der nicht wesentlich beeinflusst werden kann.

Über die Kontinuität und Schnelligkeit des weiteren Fortschreitens der ökonomischen Transformation wird der Erfolg der Durchsetzung und Durchführung einiger Systemänderungen und wirtschaftspolitischer Maßnahmen entscheiden:

1. Die Voraussetzung eines rationalen Verhaltens der Unternehmen ist die Schaffung und Kultivierung eines Marktmilieus, des Druckes des Marktes auf die Unternehmen einschließlich der Freigabe der Importbarrieren und der Verbesserung der Arbeit der Antimonopolbehörden.
2. Die rationale Selektion guter und schlechter Unternehmen ist ohne perfektes Funktionieren des Bankensektors nicht möglich. Die Erweiterung der Konkurrenz setzt auch die Vereinfachung des Eintritts ausländischer Banken voraus.
3. Der Schlüsselmoment der ganzen Transformation ist die Veränderung der Eigentumsverhältnisse. Die Verlangsamung oder die Unterbrechung des Privatisierungsprozesses könnte die Wirksamkeit anderer Maßnahmen und das Fortschreiten der Transformation blockieren.
4. Die Bedingung der Schaffung und Erhaltung eines Konkurrenzmilieus ist die Bildung eines starken Mittelstandes. Dies setzt die Abschaffung der legislativen und ökonomischen Barrieren der kleinen und mittleren Unternehmertätigkeit und die Gewährung einer aktiven Unterstützung des Mittelstandes voraus.
5. Mit Rücksicht auf die zeitlichen Ansprüche des Privatisierungsprozesses muß der Staat ein effizienteres Funktionieren der Unternehmen bis zu ihrer Privatisierung anstreben (z. B. durch den Abschluß von Managerkontrakten) und fähig sein, offensichtlich ineffiziente Unternehmen zu liquidieren.
6. In einem kapitalmäßig so schwachen Land wie der Tschechoslowakei kann der Eintritt des ausländischen Kapitals eine gewisse Rolle spielen. Dafür müssen jedoch legislative, wirtschaftliche und weitere Bedingungen geschaffen werden.
7. Voraussetzung des Erfolges der einzelnen Reformmaßnahmen ist eine glaubhafte makroökonomische Politik, die auf die Veränderungen der ökonomischen Realität reagiert.

Die wirtschaftliche Entwicklung und den Transformationsprozeß kompliziert zur Zeit auch die Verschärfung der Beziehungen zwischen der Tschechischen und der Slowakischen Republik. Einer der wichtigen Gründe ist – wie die Untersuchungen zeigen – der Widerwille der slowakischen Bevölkerung und der slowakischen politischen Repräsentation, das Transformationsprojekt in der Form zu realisieren, in der es verabschiedet wurde und durchgeführt wird. Trotz dem Einklang im Bereich der Aufteilung der Kompetenzen zwischen der Föderation und den Republiken zur Zeit der Verabschiedung des Kompetenzgesetzes, treten ständig Vorschläge der slowakischen Seite auf Errichtung einer slowakischen Emissionsbank, Forderungen einer eigenen Preis-, Steuer- und

Zollpolitik, die Zulassung der Möglichkeit eines Defizits des Staatsbudgets, die Bestrebungen der flächenmäßigen Erhaltung der Arbeitsplätze u. ä. an den Tag.

Eine wichtige Bedingung für den Erfolg ist ein gewisses Maß an politischer und sozialer Stabilität und Kontinuität der Ziele der politischen und wirtschaftlichen Systemänderungen ohne Unterschied der Wahlergebnisse. Jedwede Abweichung von den grundlegenden Zielen der ökonomischen Transformation, ev. Zugeständnisse unter sozialem und politischem Druck, würden die Tschechoslowakei nicht nur zu einem Wirtschaftskollaps, sondern auch zur Notwendigkeit führen, früher oder später die heute bereits realisierten Transformationsschritte unter wesentlich schlechteren Bedingungen zu wiederholen.

Anmerkungen

- 1 Durch die Abschaffung der Aufschlüsselung des Zentralplans verloren die Unternehmen die Information über die Richtung der Ressourcenverteilung, der Kombination der Produktionsfaktoren und den Produktionsumfang. Der einzig mögliche alternative Mechanismus, der fähig ist, diese unerläßlichen Informationen zu generieren, ist der Markt, und Träger der objektiven Wirtschaftsinformationen ist der marktgemäß gebildete Preis. Die Liberalisierung der Preise ist also der erste logische Schritt der Reform. Die Voraussetzung der Schaffung objektiver Wirtschaftsinformationen, die für eine rationale Ressourcenverteilung notwendig sind, ist die Existenz eines Konkurrenzmilieus. Die existierende Wirtschaftsstruktur erfordert also eine Demonopolisierung einschl. der Lockerung der Importkonkurrenz. Dies setzt die Einführung der Währungskonvertibilität und die Erzielung eines realistischen Kcs-Kurses voraus. Eine wesentliche und notwendige Änderung, die den Transformationsprozeß von den früheren Reformexperimenten unterscheidet, ist die Veränderung der Eigentumsverhältnisse. Nur ein scharfes Definieren der Eigentumsrechte mittels der Privatisierung ermöglicht die Schaffung eines langzeitigen Kapitalinteresses und schafft die notwendige Bedingung für das rationale Funktionieren der Wirtschaft. Voraussetzung der erfolgreichen Durchführung der angeführten Reformmaßnahmen ist die Erhaltung eines gewissen Maßes der makroökonomischen Stabilität, die durch eine feste fiskale und monetäre Restriktion gewährleistet wird.
- 2 Tabelle 1 präsentiert die offiziellen statistischen Daten.
- 3 Die Schätzungen des Wachstumstempos, die die verdeckte Inflation berücksichtigen, zeigen, daß das reale Wachstum geringer war, als die offiziellen Angaben ausweisen. Ende der achtziger Jahre war das reale Wachstum leicht negativ.
- 4 Der Anstieg der Verbraucherpreise infolge der Abschaffung der negativen Umsatzsteuer bei Lebensmitteln wird der Bevölkerung zum Teil durch einen Ausgleichsbeitrag aus dem Staatshaushalt kompensiert.
- 5 Diese Angabe ist der Stand im Dezember 1990, nicht der Jahresdurchschnitt.
- 6 Darüber hinaus kompliziert die Situation die Tatsache, daß der Rückgang des Lebensstandards neben den Reformmaßnahmen durch eine Reihe exogener Einflüsse bewirkt ist, die mit der Reform überhaupt nicht zusammenhängen, was jedoch die Bevölkerung nicht zu unterscheiden fähig ist.
- 7 Die Verabschiedung der Wirtschaftsreform entschied über die Realisierung der einzelnen Reformmaßnahmen, über ihre Aufeinanderfolge, Dosierung und Tempierung. Es wurden Gesetze über die kleine Restitution und die kleine Privatisierung, das Devisengesetz, das Gesetz über die Beschäftigung, das Gesetz über die Preise und einige weitere wirtschaftsrechtliche Normen verabschiedet.

Die Bedingungen für die private Unternehmertätigkeit und für den Eintritt ausländischer Investoren wurden beträchtlich gelockert, das Gesetz über die Joint-ventures ist in Kraft getreten.

Die Zentralbank wurde strikt von der Sphäre des kommerziellen Bankwesens getrennt, es gab die ersten Emissionen einiger Arten von Wertpapieren, und der sekundäre Kapitalmarkt begann zu funktionieren. Begonnen wurde mit den Arbeiten an der Gründung einer tschechoslowakischen Börse. Der bisherige Kčs-Kurs gegenüber konvertiblen Währungen wurde durch drei Abwertungen bis auf 28 Kčs/USD realistisch bewertet.

Die Lebensmittelpreise wurden infolge der Abschaffung der negativen Umsatzsteuer erhöht. Diese Erhöhung wurde den Verbrauchern durch einen staatlichen Zuschuß kompensiert.

Die makroökonomische Politik wurde als eine restriktive Politik konzipiert.

- 8 Die interne Konvertibilität bedeutet den freien Zutritt tschechoslowakischer Wirtschaftssubjekte zu Devisen, nicht jedoch den freien Besitz umwechselbarer Kčs durch ausländische Subjekte und die Möglichkeit, mit ihnen auf den Devisenmärkten im Ausland zu handeln.
- 9 Noch in der ersten Jahreshälfte wurde der Anteil der regulierten Preise auf 10 Prozent reduziert.
- 10 Im April wurden die positiven Umsatzsteuertarife um zwei Punkte auf 11 Prozent, 20 Prozent, 29 Prozent gesenkt.
- 11 Die offiziellen Angaben über die Entwicklung des Index der Verbraucherpreise sind in gewisser Weise verzerrt. Die Berechnungen beruhen nach wie vor auf den alten Gewichten des früheren Verbraucherkorbs, d. h. sie reflektieren nicht die Veränderungen des Konsumentenverhaltens; in der Änderung des Preises sind die umfangreichen Ausverkäufe nicht inbegriffen. Der reale Preisanstieg für den durchschnittlichen Verbraucher kann um 5 bis 6 Punkte geringer eingeschätzt werden, als die offiziellen Daten angeben.
- 12 Die Angaben für Mai halten vorläufig nicht die Preisänderungen für Heizung und warmes Wasser für die Endverbraucher fest, zu denen es zum 1. Mai 1991 kam. Die Preiserhöhung wird teilweise Rentnern und Familien mit Kindern kompensiert.
- 13 Nur Einfuhren bis zu 3 Millionen Kčs können durch eine prompte Bezahlung realisiert werden. Bei Importen eines höheren Kčs-Wertes ist der Importeur verpflichtet, die Fälligkeitsvertagung um 3 Monate bei Investitionen nicht betreffender Waren und von 1 bis zu 4 Jahren bei Waren von Investitionscharakter je nach dem Gesamtwert des Importes zu vereinbaren.
- 14 Im Zusammenhang mit der günstigen Entwicklung der Zahlungsbilanz wurde im April der Importzuschlag auf 18 Prozent gesenkt, im Mai weiter auf 15 Prozent.
- 15 Der Devisenkurs ist auf Grund des Korbes 5 Währungen als fix festgelegt gemäß ihrem Anteil an der tschechoslowakischen Zahlungsbilanz. Ihr Gewicht wird periodisch im Einklang mit der aktuellen Marktentwicklung revidiert.
- 16 Ein prinzipieller Schritt zur Verbesserung der finanziellen Lage der Unternehmen war in dieser Hinsicht die Aufhebung der Änderung der bisherigen Art des Kreditierens der sog. ständig wiederkehrenden Reserven aus dem billigen Kredit ohne Fälligkeitstermin für laufende Handelskredite. Mit Rücksicht darauf, daß der Umfang dieser Kredite 180 Milliarden Kčs beträgt, würde diese Maßnahme zu einem völligen Zerfall der Wirtschaftsführung einer beträchtlichen Menge von Unternehmen führen. Deshalb wurden diese Verpflichtungen auf Beschluß der Regierung aus den laufenden Handelsbeziehungen ausgeklammert, auf den Staat überführt, der den Unternehmen eine längere Abzahlungsfrist (8 Jahre) unter günstigeren Zinsfußbedingungen (13 Prozent) ermöglicht.
- 17 Mitte Mai wurde dieser maximale Kreditarrif auf 12 Prozent, bis Ende des Semesters weiter auf 9,5 Prozent gesenkt.
- 18 Sofern man strikt im Geiste des Generalabkommens vorgehen würde, d. h. für jedes Prozent des Anstiegs der Lebenshaltungskosten eine Erhöhung des Minimallohnes um ein Prozent, würde der Minimallohn bereits im März 2560 Kčs betragen. Dieses Vorgehen würde notwendigerweise zu einer Erhöhung der Arbeitslosigkeit führen, denn eine Reihe von Unternehmen wäre nicht fähig, Minimallöhne in dieser Höhe auszu zahlen.

- 19 Die angeführten Daten erfassen jedoch nicht genau die Situation. Die Daten umfassen auch eine gewisse fiktive Arbeitslosigkeit, die nach der Schätzung bis 30 Prozent der angeführten Werte beträgt.
- 20 Der tschechoslowakische Gesamtexport sank im ersten Quartal um 27 Prozent dem physischen Volumen nach. An diesem Rückgang ist die Senkung der Ausfuhr in die ehemaligen RGW-Länder mehr als zur Hälfte beteiligt.
- 21 Ein solches Verhalten der Unternehmen ist nur durch das Zögern des Staates möglich, an die Liquidierung zahlungsunfähiger Staatsunternehmen heranzutreten.
- 22 Hier muß man die primäre und die sekundäre Zahlungsunfähigkeit unterscheiden, die bei den Unternehmen durch die Einstellung der Zahlungen ihrer Abnehmer verursacht ist und den Großteil des Volumens der Zahlungsunfähigkeit bildet.
- 23 Die genauen Titel der angeführten Gesetze:
 - Gesetz über die Überführung des Eigentums des Staates einiger Gegenstände auf andere juristische oder physische Personen;
 - Gesetz über die Bedingungen der Überführung des Eigentums des Staates auf andere Personen;
 - Gesetz über die Milderung der Folgen einiger Eigentumsunrechte;
 - Gesetz über die außergerichtlichen Rehabilitationen;
 - Gesetz über die Regelung der Eigentumsverhältnisse am Boden und anderem landwirtschaftlichen Eigentum;
 - Gesetz über den Übergang einiger Gegenstände aus dem Besitz der Tschechischen Republik in den Besitz der Gemeinden.
- 24 Das Eigentum im Rahmen des produktiven Sektors war noch 1989 zu mehr als 95 Prozent in den Händen des Staates.
- 25 Die Form des pekuniären Ersatzes sollte nur begrenzt im Interesse der Erhaltung eines nichtinflationären Milieus geltend gemacht werden. In Betracht kommt eher der Ersatz mittels sogenannter Restitutionsfonds im Rahmen der „großen“ Privatisierung.
- 26 Mit der Klärung des Verlaufes des Prozesses der großen Privatisierung, wo der Eintritt ausländischer Subjekte völlig legal ist, verschiebt sich das Interesse des Auslandes auf diese Form der Privatisierung.
- 27 Die Novelle des Gesetzes setzt die Verlängerung der Miete auf 5 Jahre voraus.
- 28 Der Gesamtumfang der Ersparnisse der Bevölkerung beträgt etwa 300 Milliarden Kčs, die Schätzung des gesamten Rechnungspreises des für die Privatisierung bestimmten Eigentums spricht von einem Zehnfachen dieser Summe.
- 29 Die Privatisierung nur mit Standardmethoden, die eine präzise marktgemäße Bewertung des Eigentums und den Verkauf der Besitzanteile des Staates mittels der Börse erfordern, würde unter den tschechoslowakischen Bedingungen Jahrzehnte dauern. Das Maß des Rückganges der Leistungsfähigkeit der tschechoslowakischen Wirtschaft und ihre Unzweckmäßigkeit erfordert jedoch eine schnelle Privatisierung, auch um den Preis eines geringeren Maßes der Durchführungspräzision.
- 30 Das heißt praktisch alle, außer den im Rahmen der „kleinen“ Privatisierung versteigerten, durch Restitution zurückgegeben sowie außer den gemeinnützigen Unternehmen.
- 31 Der restliche staatliche Anteil am Vermögen der Unternehmen kann jedoch auch auf eine andere Art, einschließlich der Kuponmethode privatisiert werden. Das bedeutet, daß im Prinzip auch der staatliche Anteil an früher gegründeten Joint-ventures privatisiert werden kann, falls im Abkommen über die Gründung nicht anders festgelegt.
- 32 Es handelt sich um eine grobe Schätzung, denn die tschechoslowakische offizielle Statistik disponiert bisher über keine seriösen Daten bezüglich der Produktion des privaten Sektors.